



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/V/281

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
2. Dezember 1950.

Hinweise
auf den Inhalt:

Zum Bergarbeiter-Kongress in Hannover	S.1
Attlee nach Washinton - Bericht aus London	S.3
Internationale Konferenzen - v. Fr. Heine	S.5

"Neutralisierung des Eigentums"

Ein neuer Vorschlag zur Sozialisierung.

R.D. Noch immer ist die Eigentumsfrage im deutschen Kohlenbergbau ungeklärt. Wie die Alliierten anlässlich der Suspendierung des nordrhein-westfälischen Sozialisierungsgesetzes erklärten, ist sie einer gesamtdeutschen Regelung vorbehalten. Der Bundestag gab bereits im Februar ds. Jrs. einen klaren Auftrag an die Bundesregierung, dem Bundestag baldmöglichst einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Es wurde auch ein Bundestagsausschuss für Sozialisierungsfragen eingesetzt, - aber er ist untätig. Die Regierung denkt nicht daran, ihn mit einem Gesetzentwurf zu beschäftigen, sie ignoriert den Auftrag des Bundestages ebenso wie in der Frage der Vollbeschäftigung, zu der sie gleichfalls trotz Auftrag bis heute weder einen Gesetzentwurf vorgelegt, noch zu erkennen gegeben hat, wann sie ihn endlich in Angriff zu nehmen gedenkt.

So entspricht es nur einem Gesetz der Logik, wenn die I.G. Bergbau, die gemeinsam mit der DKBL (Deutsche Kohlenbergbau-Leitung) einen Vorschlag zur Neuordnung des Ruhrkohlenbergbaus ausarbeitete, sich auch mit der endgültigen Regelung der Eigentumsfrage beschäftigt. Die dritte Generalversammlung der Gewerkschaft erteilte ihrem Hauptvorstand einstimmig den Auftrag, "einen Gesetzentwurf zur Überführung des Privateigentums an der Kohle in Gemeineigentum auszuarbeiten und für seine Zuleitung an den Bundestag Sorge zu tragen". Es war zwar kein Gesetzesvorschlag, den Dr. Grosse der Tagung in Hannover vorlegte, aber in seinen Grundlinien zeichnete er sich in den Ausführungen ab, die einen grossen Kreis sachkundiger Gäste unter den Delegierten angezogen hatten. Das Projekt ist noch nicht ausgereift und wird von Experten diskutiert werden müssen. Aber das Vorgetragene

war geboren aus den besonderen deutschen Verhältnissen und beeinflusst von dem Geist, den Dr. h. c. Boeckler zu Beginn der Tagung dahin warf, niemand solle aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet werden, auch nicht die Unternehmer, "denn wir alle haben an unserem Platz das Beste für das Volk zu leisten".

Ziel der Vorschläge ist nicht die reine Verstaatlichung etwa nach englischem Muster, sondern der Versuch der "Neutralisierung des Eigentums". Die zu sozialisierenden Gesellschaften sollen die Form einer Aktiengesellschaft beibehalten. Während aber die Aktienanteile beim Bundesfinanzminister hinterlegt werden, soll die sonst mit ihnen verbundene Eigentumsfunktion auf eine Kohle-Treuhand-A.G. übergehen, nämlich der in der Eisen- und Stahl-Industrie. Sie wird die Aufgaben der Generalversammlung der Aktionäre übernehmen, paritätisch besetzt sein und einer demokratischen Kontrolle, etwa einem Bundeswirtschaftsrat, unterstehen. Sie hat die Vorstände der Gesellschaften zu berufen, zu entlasten und abzurufen, sie beschliesst über Gewinn und Verlust. Die Leitung der Zechen bleibt nach wie vor der freien Initiative und Verantwortung der Vorstände überlassen, die paritätisch besetzten Aufsichtsräten unterstehen und ähnlich den entflochtenen Werken einen Arbeitsdirektor erhalten sollen. Hier ist also bei Ausschaltung der anonymen Kapitalträger in der Unternehmerfunktion der Unternehmer-Initiative der Werksleiter ein weites Betätigungsfeld offengelassen und der Verbürokratisierung vorgebeugt. Es steht zu erwarten, dass ein erheblicher Teil der auch heute verantwortlichen Zechenleiter das erkennt und seine Haltung zur Gemeinwirtschaft revidiert. Ein Spitzenorgan der Zechenselbstverwaltung soll, gleichfalls unter demokratischen Sicherungen, ähnlich der heutigen DKEL, aber unter paritätischer Besetzung, die Interessen des Gesamtbergbaues vertreten.

Das ist ein neuer Weg. Man muss ihn diskutieren. Erst dann lassen sich seine Stärken und Schwächen erkennen. Aber er zeigt, dass die Vertreter des Gedankens der Gemeinwirtschaft nicht an Dogmen kleben und kopieren, wozu nach den Lösungen z. B. in Hessen, Frankreich und England genügend Gelegenheit gegeben wäre. Hier findet das Suchen nach der Form Ausdruck, deren Ziel nicht die bedingungslose Enteignung, sondern allein der Wille zur sozialen Gerechtigkeit und der menschlichen Würde unter gleichberechtigt miteinander Wirtschaftenden ist.

Attlees Flug nach Washington.

B.C. London, 1. Dez. 1950.

Auf seinen dramatischen Flug nach Washington, um mit Präsident Truman persönlich "die Probleme, denen wir heute gegenüberstehen" zu erörtern, werden den Premierminister Attlee die heissen Wünsche des ganzen britischen Volkes begleiten. Attlees Entschluss, selbst nach Amerika zu fliegen, um dort mit Truman zu konferieren, kam wie eine Erlösung nach Wochen ständig wachsender schwerster Sorgen in allen Kreisen der Nation wegen der Gefahren, die General McArthurs selbstherrliche Kriegsführung in Korea mit sich brachte.

Bis zum Ende des Vormarsches an den 38. Breitengrad war man sich völlig einig über die Berechtigung der Polizeiaktion der UNO-Streitkräfte, die Angreifer aus dem überrannten Gebiet der südkoreanischen Republik hinauszujagen. Die ersten Zweifel kamen, als die Soldaten der Vereinten Nationen diese Demarkationslinie überschritten und nach Nordkorea vorrückten. Doch beruhigte sich die öffentliche Meinung bald unter der zwingenden Kraft des Argumentes, dass die willkürlich gezogene Grenze des 38. Parallelkreises militärisch unhaltbar sei, dass die militärische Sicherung der Südrepublik die Vertreibung oder Vernichtung der angreifenden Streitmacht erfordere und dass auch die Herstellung eines demokratischen, auf freien Wahlen beruhenden Regimes für Nordkorea im UNO-Mandat enthalten sei.

Beim weiteren Vorrücken gegen die Yalu-Grenze ergab sich dabei die Komplikation, dass China ein lebenswichtiges Interesse am Schutz der Wasserkraftwerke in Nordkorea hatte, die zum grossen Teil die Industrie der Mandschurei mit Strom versorgen. Um diesen Verwicklungen aus dem Wege zu gehen, wurde ernsthaft angeregt, den siegreichen Vormarsch der UNO-Kräfte an der engsten Stelle, der "Nespentaille", Koreas anzuhalten und dann, auf diese starke Stellung gestützt, mit Friedensverhandlungen aller Beteiligten zu beginnen. Diese vernünftige Lösung wurde überraschenderweise nicht gewählt, sondern McArthurs Armeen stiessen in den militärisch sehr schwierigen Raum des nördlichsten Korea weiter vor mit der erklärten Absicht, den Yalu-Fluss, die Grenze mit der chinesischen Mandschurei, zu erreichen, wo die südkoreanischen Soldaten des Signam Rhee "ihre Schwerter blank waschen" wollten.

Die Öffentlichkeit in England fühlte mit Unbehagen, dass es für diesen politisch gefahrdrohenden Schritt keine militärische Rechtfertigung gab, wie etwa seinerzeit beim Überschreiten des 38. Breitengrades. Dieses Unbehagen fand in der Presse, in privaten Gesprächen, in Massenversammlungen und im Parlament kräftigen Ausdruck, der sich nicht auf die Linke beschränkte. Als McArthur seinen berüchtigten Tagesbefehl erliess, in dem er den Truppen die Heimkehr zu Weihnachten versprach, wenn sie brav wären und den Yalu erreichten, hörte man ziemlich allgemein die Ansicht, der Mann sei grössenwahnsinnig und nicht geeignet, über den Einsatz britischer und amerikanischer Soldaten auf Leben und Tod zu entscheiden.

Die glücklicherweise schon nach zwei Stunden dementierte Meldung, Präsident Truman habe erklärt, die Entscheidung, ob und wann die Atomwaffe gegen die in Korea und der Mandschurei stehenden Chinesen zu verwenden sei, läge beim "örtlichen Befehlshaber", also beim McArthur, brachte das Mass der öffentlichen Kritik in England zum Überlaufen. In der gerade stattfindenden Debatte im Unterhaus herrschte völlige Einmütigkeit über die Gefahr der Lage und über die Notwendigkeit, mit drastischen Massnahmen den Weltfrieden zu retten. Nicht nur Labour-Abgeordnete, sondern auch führende Tories, unter ihnen Churchill, forderten baldige Verhandlungen auf dem höchsten Niveau, d.h. zwischen den Führern der beteiligten Nationen.

Die darauf folgende Erklärung Attlees, er habe bereits Truman ein sofortiges Zusammentreffen vorgeschlagen, und dieser habe soeben zugestimmt, löste Beifalls-Szenen aus, wie sie das sonst so ruhige Britische Unterhaus seit den Tagen der deutschen Kapitulation nicht mehr gesehen hatte. Freilich sagt man sich auch, dass ein mässigender Einfluss auf McArthur und sein zu Eskapaden und Unvorsichtigkeiten neigendes Temperament auf der anderen Seite nicht die unerwünschte Nebenwirkung einer Ermahnung des rotchinesischen Aggressors haben darf.

+ + +

Internationale Konferenzen - - mit Erfolg.

Von Fr. Heine.

In diesen Tagen findet in Frankreich die 4. Konferenz führender sozialistischer Wirtschafts-Experten statt. Vor kurzem ist in Gross-Britannien eine Tagung der führenden Organisatoren und Propagandisten von 10 sozialistischen Parteien Europas zu Ende gegangen. Eine Woche zuvor fand in Paris Beratungen des ständigen Komitees der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien und eine der Vierteljahreskonferenzen dieser Gruppierung statt. Mitte Dezember wird eine Unterkommission der Studiengruppe zur kollektiven Verteidigung zusammentreten; eine Zusammenkunft der Leiter des sozialistischen Preswesens in den verschiedenen Ländern folgt im Laufe des nächsten Jahres. Mitte 1951 soll eine grosse internationale Sozialistenkonferenz durchgeführt werden. Alle Parteien haben die Einladung der SPD, sie in Deutschland zu veranstalten, akzeptiert.

Die Expertenkonferenz über Propaganda- und Organisationsfragen war die erste Veranstaltung dieser Art, die die sozialistischen Parteien Europas durchgeführt haben. Ihre Bedeutung lag nicht zuletzt darin, dass hier ein gutes Dutzend Frauen und Männer zusammengekommen waren, die in ihren Landesorganisationen Schlüsselpositionen einnehmen und die die Verantwortung für die organisatorische und propagandistische Beeinflussung von mehr als 8 Millionen sozialistisch Organisierter und mehr als 30 Millionen sozialdemokratischer Wähler haben.

In dieser wachsenden Zahl von Fachkonferenzen und politischem Zusammentreffen kann man die Anfänge einer Politik der engeren Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Vertretern der verschiedenen Nationen erblicken, die Anlass zu berechtigten Hoffnungen gibt.

Die organisatorische und politische Bedeutung des Zusammentreffens dieser Frauen und Männer sollte in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden. Es ist nicht nur das bessere Kennenlernen der Menschen untereinander, das Aussprechen des eigenen und das Zur-Kennntnis-nehmen des anderen Standpunktes, das diese Verhandlungen bemerkenswert macht; es sieht so aus, als ob sich hier auch eine neue Politik der Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien auf einer durchaus realistischen Grundlage zu formen beginne.

Die sogenannte Zweite Internationale der Sozialisten, das müssen wir heute zurückblickend feststellen, hat die Erwartungen der Millionen Menschen nicht zu erfüllen vermocht. Die Hoffnungen waren zu hoch gespannt. Es war eine Illusion, dass die sozialistischen Parteien - vor Ausbruch des ersten Weltkrieges Minderheit in jedem Land - durch die Summierung ihrer Minderheitskräfte im internationalen Maßstab die Haltung der Mehrheit bestimmen konnten. An dieser Illusion, die aus dem Überschwang des vorigen Jahrhunderts resultierte, zerbrach die sozialistische Internationale. Es war daher nach 1945 ein vernünftiger Entschluss, die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien auf den zunächst praktisch möglichen Rahmen von Comisco zu begrenzen.

Jetzt zeigt sich, dass auf der Basis dieses ersten vorsichtigen Zusammentreffens eine engere Zusammenarbeit in Zukunft möglich sein kann, die zu einer Planung im grösseren Raum und einem Erfahrungsaustausch auf internationalem Gebiet führen kann, zum Nutzen nicht nur der Sozialisten, sondern des kommenden Europa.

Es ist zweifellos kein Zufall, dass die so wesentliche Verstärkung dieser internationalen Zusammenarbeit der Sozialisten sich bemerkbar macht. Es ist die internationale politische Lage, es sind die Europa-Ideen, es ist aber auch die Tatsache, dass seit Anfang 1950 ein neuer Mann an der Spitze des Büros dieser Sozialistenkonferenz steht. In Dr. Julius Braunthal, dem neuen Sekretär dieser Internationalen Sozialistenkonferenz haben die sozialdemokratischen Parteien Europas einen Mann gefunden, der ein würdiger Nachfolger Friedrich Adlers zu werden verspricht. Dr. Braunthal, Österreicher von Geburt, verkörpert den leider nur zu seltenen Fall des begabten politischen Schriftstellers, der zugleich organisatorische Fähigkeiten hohen Grades entwickelt und die anderen vielfältigen Eigenschaften und Kenntnisse mitbringt, die für Männer in diesen Aufgaben Voraussetzung sind. Er leitet mit einem grotesk kleinen Stab und wenig Räumen im Herzen Londons sein Büro, das in der Aufgabenstellung ein UN-Sekretariat in Miniaturausgabe darstellt. Für uns Deutsche ist es erfreulich, zu sehen, dass die Zusammenarbeit mit den Sozialisten der anderen Länder so rasch, so vollständig und mit solcher Wertschätzung wieder in Fluss gekommen ist; das ist zu einem nicht geringen Teil persönliches Verdienst des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Erich Ollenbauer, der durch sein Wirken und Auftreten es verstanden hat, für uns, die Deutschen, auch in diesem Kreis vermehrte Achtung und Sympathie zu gewinnen.

"Sowjetischer Freundschaftsmonat".

sp. Vom 1. bis 21. Dezember steht die Ostzone im Zeichen der "deutsch-sowjetischen Freundschaft". Grosskundgebungen, Transparente, Losungen, Schulfeste, Umzüge, sportliche Veranstaltungen und innerbetriebliche Wettbewerbe sollen in dieser Zeit die Ostzonenbevölkerung noch mehr als bisher auf den sowjetisch-stalinistischen Kurs ausrichten. Besonders die Werktätigen sollen in diesem "Monat der Freundschaft" in verstärktem Masse umworben werden. In allen Betrieben werden Losungen wie "Das Studium der reichen Erfahrungen des Sowjetvolkes hilft uns, unseren Fünfjahresplan zu erfüllen", "Lernt von den Stachanow-Arbeitern der Sowjetunion", "Neue Arbeitsmenschen - neue technische Normen", "Werktätige Frauen, folgt dem Beispiel der Sowjetfrauen und vollbringt höhere Arbeitsleistungen" die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen anspornen, grössere "Aktivistenleistungen", noch mehr "freiwillige" Solderschichten und noch bessere "Neuerer-Arbeitsmethoden" als bisher zu vollbringen und zu entwickeln.

Der 5. Dezember wird im Zeichen der "Stalinistischen Verfassung" stehen. Am Vorabend des Geburtstages Stalins, dem 21. Dezember, sind in Stadt und Land grosse Fackelzüge, am 21. Dezember ^{selbst} dann "grosse Geburtstagsfeiern" durchzuführen. Die Schulkinder werden zu einem Aufsatzwettbewerb über die Bedeutung der "deutsch-sowjetischen Freundschaft" angehalten, wobei Themen wie "Warum bin ich ein Freund der Sowjetunion?", "Stalin - warum ist er der beste Staatsmann der Welt?" vorgegeben sind.

Auch die Sparte Kunst hat ihr Pensum an sowjetischer Ergebenheit zugewiesen bekommen. Künstler aller Sparten müssen sich einem Wettbewerb für solche Werke unterwerfen, die den "fortschrittlichen Einfluss" der Sowjetunion auf die Ostzone beweisen. Die Bühnen müssen neue sowjetische Stücke aufführen, ebenso Laienspielgruppen in den Betrieben .

in

In allen öffentlichen Räumen, wie Schulen, Lichtspielhäusern, Theatern, HO-Läden und auch Betrieben sind "Freundschaftsecken" zu errichten, die die Bevölkerung über das "deutsch-sowjetische Freundschaftsverhältnis" aufklären sollen. Hausversammlungen sollen schliesslich alle jene erfassen, die bisher der Propagandawelle entgangen sind. Dass dem Sport, ferner den staatlichen "Maschinen-Ausleih-Stationen" und den volkseigenen Gütern besondere Aufgaben zugewiesen sind, ist selbstverständlich. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszu-denken, wie die Bevölkerung der Ostzone, die ja manches gewöhnt ist, auf diesen Rummel reagieren wird.

-8-

----- + + + -----

Verantwortlich: Josef Schmidt.